

denen neben der katholischen Schule keine weiteren Schulen existieren. Die soziale Zusammensetzung der Schüler der Privatschulen im Innern des Landes unterscheidet sich wesentlich von derjenigen bestimmter Pariser Privatschulen, von denen ausgehend die katholische Privatschule von ihren Gegnern als „undemokratische Eliteschule der Bourgeoisie“ angegriffen wurde. In der Bretagne stammen z. B. mehr als 50% der Schüler aus unteren sozialen Schichten, und in einer Schule bei Lyon erhalten z. B. 130 von 800 Schülern staatliche Unterhaltsstipendien. Das prozentuale Absinken der Schülerzahlen in den letzten Jahren ist daher nicht zuletzt aus dem für manche Familien zu hoch liegenden Schulgeld der Privatschulen zu erklären. Im Departement Somme variiert z. B. der Schulgeldbeitrag zwischen 50 und 250 F, die Halbverpflegung zwischen 210 und 540 F, und die vollen Internatskosten betragen zwischen 710 und 1265 F. Eine 1962 durchgeführte Meinungsumfrage brachte das Resultat, daß 43% der Eltern ihre Kinder bei Schulgeldfreiheit auf Privatschulen schicken würden.

### *Der Schulfriede ist nicht mehr gefährdet*

Für die amtliche Kirche ist die Frage der freien Schule schon lange kein Zankapfel mehr. Sie wünscht ihre

Förderung. Sie hat aber ihre Aufmerksamkeit schon seit Jahren stärker den öffentlichen Schulen zugewandt. Aufsehen erregte eine Erklärung des französischen Episkopats vom 14. November 1969 in Lourdes (vgl. Herder-Korrespondenz 24. Jhg., S. 8).

Die Erklärung spricht der öffentlichen Schule — vor nicht allzu langer Zeit noch als „*école du diable*“ verrufen — die Achtung der Katholiken und ihrer Geistlichen aus. Die Katholiken in den öffentlichen Schulen sollten für ihre Erneuerung wirken. Die Anwesenheit der Getauften in der öffentlichen Schule sei ein Risiko und zugleich eine Chance für ihren Glauben. Somit wird die Parole der „Präsenz der Kirche“ im gesamten Schulwesen der Frage der Erhaltung des Eigencharakters der katholischen Privatschulen der Wichtigkeit nach vorangestellt. Viele Bischöfe sehen in diesen Schulen schon längst nicht mehr *das* Instrument der Kirche. Zudem gibt der Episkopat der Regierung in der Erklärung von Lourdes deutlich zu verstehen, daß er nicht bereit sei, einem mehr oder wenig diskret ausgeübten Druck nachzugeben, der darauf abziele, für die Gewährung gewisser Vorteile auf dem Sektor des katholischen Schulwesens politische Konzessionen zu machen oder nachgaullistische Politik gegenüber oppositionellen Gruppen zu fördern.

## *Die Europäische Kirchenkonferenz »Nyborg VI«*

Vom 26. April bis 2. Mai 1971 tagte, diesmal wieder am Gründungsort auf der Insel Fünen in Nyborg, nach mehr als dreijähriger Unterbrechung die 1958 auf Initiative von *Visser 't Hooft*, dem ehemaligen Generalsekretär des Weltkirchenrats, als regionale ökumenische Institution ins Leben gerufene „Konferenz europäischer Kirchen (KEK)“. Im Herbst 1967 hatte man „Nyborg V“, damals in Pörtschach (Kärnten) versammelt, schon ein stilles Ende nachgesagt (vgl. Herder-Korrespondenz 21. Jhg., S. 518). Denn die ursprüngliche Idee, endlich eine Brücke über den West-Ost-Graben zu schlagen und die orthodoxen Kirchen innerhalb der kommunistisch regierten Länder in das ökumenische Gespräch zu ziehen, war 1961 mit dem Beitritt der Russisch-Orthodoxen und ande-

rer Ostkirchen zum Weltkirchenrat auf seiner Dritten Vollversammlung in Neu-Delhi erreicht worden. Seitdem und erst recht seit dem Zweiten Vatikanum und der 1965 gegründeten „Gemeinsamen Arbeitsgruppe“ Genf — Vatikansekretariat für die Einheit arbeiten die Orthodoxen, meist von Erzbischof *Nikodim* von Leningrad mitgesteuert, in allen ökumenischen Führungsgremien mit. Auf der Konferenz „Nyborg V“ traten daher die konkreten Aspekte einer „politischen Diakonie“ der Kirchen in den Vordergrund, und das hieß unter russischer Führung: Arbeit für den Status quo in Europa, der im Interesse der Sicherheit endlich politisch anerkannt werden müsse. Da den Delegierten aus der DDR die Reise nach Pörtschach verweigert wurde — diesmal waren sie in Ny-

borg wieder mit 19 Kirchenführern vertreten — kam die politische Konzeption nicht ganz auf ihre Kosten. Betrachtet man aber die Ausgangslage von „Nyborg VI“, so muß man heute zugeben, daß das Programm von Pörtschach auf der politischen Ebene nahezu realisiert worden ist.

### *Die Katholiken erst Gäste*

Doch das vorgesehene Generalthema war umfassender. Es lautete „Diener Gottes, Diener des Menschen“ und wurde in fünf Sektionen abgehandelt, von denen die erste dem Thema „Theologie des Dienstes und Dienst der Theologie in der gegenwärtigen Situation“ gewidmet war. 160 Delegierte, meist die Führer der ca. 100 Mitgliedskirchen, gaben der Konferenz Gewicht. Auch die Konfessionellen Weltbünde sowie die römisch-katholische Kirche, vertreten durch den Generalsekretär des „Internationalen Rates der Europäischen Bischofskonferenzen“, Erzbischof *R. Etschegaray* von Marseille, hatten Beobachter entsandt. Infolgedessen war die Frage der Zusammenarbeit mit der römisch-katholischen Kirche ein wesentlicher Punkt der Tagesordnung, auch wenn hier noch kein Ergebnis erzielt werden konnte. Erzbischof Etschegaray reiste mit freundlichen Wünschen schon am 29. April wieder ab und sagte weitere Zusammenarbeit zu (KNA, 1. 5. 71; epd, 24. 4. bis 3. 5. 71).

Anwesend waren vom Präsidium des Weltrates der Kirchen Landesbischof *H. Lilje* und *E. A. Payne* (London), ferner Generalsekretär *E. C. Blake*. Den Vorsitz führte *Visser 't Hooft*. Es ist keine Übertreibung festzustellen, daß es Bischof *Krusche* von Magdeburg gelang, das theologische Problem mit seinem Hauptreferat zu meistern und eine Lösung der Spannung zwischen Gottesdienst und Seelsorge auf der einen und gesellschaftlicher Diakonie auf der anderen Seite zu entwerfen. Er gab selber zu, daß ihm das „wiederhergestellte Vertrauensverhältnis“ zur DDR die Aufgabe ermöglicht habe (epd, 28. 4. 71). Er wurde unterstützt von den Professoren *G. Crespy* (Montpellier) und *G. Nagy* (Budapest), der eine Calvinist, der andere Lutheraner. Es war aber zu hochgezielt, wenn zur Eröffnung das Präsidiumsmitglied *E. Emmen* (Den Haag) die Hoffnung aussprach, die Mitglieder der Konferenz, die keine Synode und kein Par-

lament sei, möchten „zu einer bekennenden Gemeinschaft zusammenwachsen“. Ein Zusammenfinden gelang durch die intensiven Gesprächsmöglichkeiten unter den Delegierten, die sich sonst nicht zu sehen bekommen. Auch wenn man nicht aus dem Auge verliert, daß der Öffentlichkeitseinfluß der Kirchen, zumal in den Gemeinden, weiter zurückgeht, so darf der Prozeß einer Symbiose für künftige Möglichkeiten nicht gering geachtet werden.

### *Bekanntnis zur Kooperation*

Es kann allenfalls nach Krusche darum gehen, daß die Kirchen „Modelle von Kooperation“ zu bilden versuchen und die *politischen Gegensätze* zwischen West und Ost herunterspielen, ohne sie zu verwischen. Auch dürften die Kirchen sich nicht als eine Art „Dritte Welt“ verstehen. In jedem Falle seien „antagonistische Kirchen“ eine krasse Verleugnung des der Kirche aufgetragenen Versöhnungswerkes Christi. Grundsatz 1: Kirchen, die zur politischen Diakonie streben, müßten zuerst in ihrer eigenen Gesellschaft für Menschlichkeit eintreten. Nur dann könnten sie erwarten, daß sie bei anderen Gehör finden, wenn sie gegen Verletzung der Menschenrechte protestieren. Grundsatz 2: Da die gesellschaftlichen Systeme, in denen die Kirchen leben, grundverschieden sind, müßten sie „einander freigeben, ohne sich loszulassen“. Dadurch würden sie der gemeinsamen Verantwortung für die Sicherheit Europas gerecht: „Die Kirchen werden zu ihrer Regierung gerade dann stehen, wenn sie im Interesse des Friedens und der Entspannung auf machtpolitische Methoden verzichten und unpopuläre Schritte tun.“ Für das Ziel einer europäischen Sicherheitskonferenz bedeute das — und hier wurde die „Diakonie“ für die DDR sehr deutlich —, „daß alle Staaten gleichberechtigt und gleichverpflichtet mitarbeiten. Das setzt voraus, daß keinem Staat der Rechtsstatus vorenthalten wird, der den anderen zuerkannt ist.“ Beide deutsche Staaten sollten Mitglied der UNO werden. Die friedliche Koexistenz als Voraussetzung für den Frieden in Europa müsse „dynamisch nach vorn“ auf Kooperation hin entwickelt werden, wozu auch gemeinsame Entwicklungshilfe gehöre. Diese „europäische Konkretion“ leitete Krusche aus dem Satz ab: „In der

Hinwendung zu Gott wird dem Menschen und in der Hinwendung zum Menschen wird Gott gedient.“ Diejenigen Strukturen entsprächen am meisten der Gottesherrschaft, „in denen Partnerschaftlichkeit praktiziert werden kann“.

Noch offener und ohne *theologische Begründung* drängten die lutherischen Delegierten aus Ungarn auf die europäische Sicherheitskonferenz, die unverzüglich einzuberufen sei. An die dazu erforderlichen politischen Voraussetzungen wurde nicht gedacht. Die Außenpolitik der Bundesregierung wurde damit praktisch unterlaufen. Das geschah noch drastischer mit einem Memorandum der russisch-orthodoxen Delegation, das auf ungeklärte Weise direkt in die Hände der Delegierten geriet. Visser 't Hooft nannte das Verfahren einen Skandal, Generalsekretär Williams sprach von einer Panne. Das Papier warf der KEK vor, sie befasse sich nicht genügend mit der europäischen Sicherheit. Außerdem wurde für die Fusion mit der halbgeplatzten „Christlichen Friedenskonferenz“ plädiert, die nach dem sowjetischen Einmarsch in Prag nur noch ein Scheindasein führt. Schließlich wurde ein Orthodoxer der Ostkirchen als ständiger Assistent des Generalsekretärs gefordert, eine Forderung, der die Konferenz zum Schluß entsprach.

### *Christen müssen Realisten sein*

Dem russischen Dokument fehlte der theologische Hintergrund, den Krusche entworfen hatte, wenn er versuchte, Traditionalisten und Revolutionäre auf einer höheren Ebene zusammenzuführen, und frommer Weltflucht wie unbedachter Weltverbesserung absagte. Auf westdeutsche Auseinandersetzungen anspielend, erklärte er, eine „Aufspaltung der Wirklichkeit in eine sakrale und eine profane Sphäre“ sei unerlaubt. Das Thema des persönlichen Heils dürfe in der Kirche nicht zugunsten der Weltgestaltung an die zweite Stelle treten. Ebenso wenig dürfe sich kirchliche Arbeit in „besonderen religiösen Handlungen“ erschöpfen: „Der Dienst der Kirche vollzieht sich in dem ganzen Beziehungsfeld menschlicher Lebensvorgänge.“ Die Kirche müsse überall Anwalt der Schwachen sein. Aber jede Einflußnahme auf die gesellschaftliche Umgestaltung bedürfe der *Sachkenntnis*. In der

Pressekonferenz gab Krusche mit sympathischer Ehrlichkeit allerdings der Befürchtung Ausdruck, man könne „den Mund vielleicht doch zu voll genommen haben, wenn Christen meinen, sie hätten der Welt Modelle anzubieten“. Er wisse auch nicht, wie man das machen kann. Man müsse es aber versuchen, sonst gebe es für die Kirchen keine Chance. Es fehlte nicht eine Sektion „Was ist Gottesdienst?“ Doch ihre Gedanken traten nicht hervor. Wichtiger genommen wurden die Sektionen über Friedensdienst und über wirtschaftliche Gerechtigkeit, am wichtigsten fast Sektion 5 über kirchliche Futurologie, mit dem anspruchsvollen Untertitel: „Die europäische kirchliche, gesellschaftliche, kulturelle, politische und wirtschaftliche Lage als Herausforderung für die Christen der Zukunft“. Wenn man das liest, wird man verstehen, daß die Antipoden, die eine christliche Seelsorge für nötiger halten, in ihrem Vorhaben bestärkt wurden. Obwohl sie es nicht für unwichtig halten, was Nagy „die Schaffung einer inneren Friedensmentalität unter den Völkern und den Kirchen“ nannte: „Christen müssen Realisten sein. Sie dürfen keine Illusionen darüber hegen, daß der Ost-West-Gegensatz in einem Nord-Süd-Gegensatz untergehen würde.“ Das Ringen der Gesellschaftssysteme werde andauern, aber Christen und Kirchen müßten darüber wachen, daß es nicht zum Totengräber der Zivilisation, sondern zum friedlichen und humanen Wettkampf für die Zukunft der Menschheit wird. So auch Prof. Crespy. Ist dieser Moralismus sehr verschieden von dem an „Gaudium et spes“ beklagten? Weist er mehr „Sachkenntnis“ auf? Sieht man durch seine Brille überhaupt die Wurzeln der Realitäten?

Man war sich dessen nicht sicher und veranstaltete ein Gespräch mit geladenen Naturwissenschaftlern, Politikern und Journalisten über die Möglichkeiten des kommenden Jahrzehnts. Was man dort über die von der Wissenschaft gebotenen Möglichkeiten und die gleichzeitige Stagnation der Politik zu hören bekam, wirkte nach Visser 't Hooft auf die Versammlung wie ein Schock, und es war eine heilsame Lehre, daß von einigen gefordert wurde, die Kirche sollte in einer Welt der Fachleute den *Laien* ihre vollen Zuständigkeiten zurückgeben.

## Botschaft konkreter Versöhnung

Eine *Schlußbotschaft* faßte die Ergebnisse der Sektionsberichte zusammen, nachdem zuvor mit Nachdruck ein gemeinsames Zeugnis mit der römisch-katholischen Kirche gefordert wurde, die man gern als Vollmitglied sähe. In der Botschaft, weitgehend vom Geist von Bischof Krusche erfüllt, wird der volle Einsatz für die Bewältigung menschlicher Not gefordert. Die Kirchen dürften zwar nicht Partei sein, müßten aber entschlossen Partei ergreifen für alle Hilflosen, Verachteten, Isolierten und Unterdrückten, damit das Evangelium konkret werde. Man solle den waffenlosen Friedensdienst fördern, die Vereinten Nationen stärken und eine baldige Ratifizierung der Bonner Verträge mit Moskau und Polen erwirken. Dieser Passus war auf energischen Einspruch von Bischof Scharf abgeschwächt worden, um nicht zu deutlich eine Parteinahme für Moskau zu verraten, die die russische Delegation angestrebt hatte. Dennoch ist die Haltung von Pörschach geradlinig fortgesetzt worden. Im Jahre 1974 will man wieder zusammenkommen, dann aber auf Sektionen verzichten. Angesichts der angespannten *Finanzlage*, die die KEK bedroht, wurden — ähnlich wie beim Weltkirchenrat — Sparmaßnahmen beschlossen, ein Zeichen dafür, daß

der effektive Einfluß auf die Öffentlichkeit zurückgeht. Das siebenköpfige Präsidium wurde nur wenig verändert. Präses Wilm führt vorläufig die Geschäfte des Vorsitzenden weiter, der Generalsekretär G. G. Williams wurde bestätigt. Der stellvertretende Generalsekretär für die Orthodoxen muß noch gefunden werden. In das Beratungsgremium, dem u. a. auch Bischof Krusche angehört, wurde Archimandrit *Sokolovsky*, Platzhalter des Metropoliten Nikodim in der Steuerung der „Christlichen Friedenskonferenz“, mit der kleinsten Stimmenmehrheit gewählt. Insofern mag das abschließende Urteil des rumänisch-orthodoxen Bischofs *Antonie* berechtigt sein, daß in Nyborg ein „theologischer Konsensus“ gefunden worden sei. Die KEK werde zu einer „echten Brücke zwischen Kirchen und Nationen“. Es ist nicht sicher, ob er dasselbe meinte, was neutralere Beobachter feststellten: in Nyborg sei es vermieden worden, die europäischen Kirchen für den einen oder anderen Block zu verpflichten. Nun, ganz wurde dies nicht vermieden, es wäre gar nicht möglich gewesen. Zu einem ökumenischen Triumphalismus für Europa besteht kein Anlaß. Aber es ist alles glimpflich verlaufen, und die voll besetzte Delegation aus der DDR hat sich in Nyborg kirchenpolitisch freigeschwommen.

nicht genug Rückhalt. Das Manifest von Lusaka dagegen gilt bis heute als Richtschnur für die Politik gegenüber Südafrika. Es wird allerdings mittlerweile sehr unterschiedlich interpretiert. Im November 1970 äußerte sich der Präsident der Republik Elfenbeinküste, *F. Houphouët-Boigny*, ebenfalls positiv über einen Dialog mit der südafrikanischen Republik. Allerdings wollte er diesen Schritt nicht ohne Beratung mit den Mitgliedstaaten der Organisation für die Afrikanische Einheit (OAU) tun. Hatte er damals vielleicht noch mit größerer Anhängerschaft gerechnet, so scheint diese Hoffnung spätestens seit dem Debakel um die Invasion Guineas begraben zu sein. So ließe sich auch der erneute Vorstoß Houphouets vom 28. April 1971 erklären, der ohne Absprache erfolgte. Im März hatten sich bereits der ghanaische Ministerpräsident, der Außenminister sowie die Nationalversammlung für einen baldigen Dialog und eine eventuelle Reise des Außenministers nach Südafrika ausgesprochen. Busia fand diesmal bei einer größeren Mehrheit Unterstützung. Auch der neue Staatschef von Uganda, General *J. Amin*, erklärte sich Anfang April vor Journalisten in Kampala bereit, nach Südafrika zu reisen, um sich dort an Ort und Stelle über die Verhältnisse zu informieren, unter denen die farbige Bevölkerung Südafrikas „leidet“.

## Neue Akzente in der afrikanischen Rassenfrage

Während überall in der Welt die Diskussion über das Antirassismus-Programm des Ökumenischen Rates der Kirchen andauert und verstärkt katholische Gruppen zu einem ähnlichen Engagement aufrufen (vgl. ds. Heft, S. 302), bahnt sich in Afrika eine neue Entwicklung an. Die jetzt aufkommende *Dialogbereitschaft* einiger schwarzafrikanischer Staaten — zunächst mit Südafrika — könnte sich nach Meinung ihrer Initiatoren, auf Dauer gesehen, als Alternative zu den Befreiungsbewegungen und zu gewaltsamen Aktionen erweisen. In den letzten drei Monaten wurden von verschiedenen afrikanischen Staaten teilweise spektakuläre Erklärungen über eine Annäherung an Südafrika abgegeben. Allerdings liegt der Ursprung dieser Initiativen teilweise schon einige Jahre zurück.

Im Jahre 1969 war erstmals der ghanaische Ministerpräsident *K. Busia* mit der Frage an die Öffentlichkeit getreten, ob man verhängnisvolle Entwicklungen in Afrika nicht durch einen vorbehaltlosen und gleichberechtigten Dialog mit Südafrika abzuwenden versuchen solle. Ein solches Vorgehen habe eher Aussicht auf Erfolg als kriegerische Auseinandersetzungen. Im gleichen Jahr (am 16. 4. 69) veröffentlichten dreizehn zentral- und ostafrikanische Staaten das „*Manifest von Lusaka*“, in dem sie zwar ihre feste Haltung gegenüber der „rassischen Diskriminierung, wie sie gegenwärtig im südlichen Afrika praktiziert wird“, wiederholten, aber gleichzeitig auf die Bereitschaft zu einem Gespräch bei Änderung der Apartheid-Politik hinwiesen. Der Vorstoß Busias fand damals selbst im eigenen Kabinett

## Südafrikas Taktik

Zweimal griff der südafrikanische Ministerpräsident *J. B. Vorster* geschickt bzw. gezielt in die Diskussion ein. Am 30. März offerierte er in einer Pressekonferenz den Staatshauptschwarzafrikas Besuchsmöglichkeiten und den Beginn eines Dialoges zum Abbau rassistischer Spannungen mit dem Ziel einer Zusammenarbeit. Dabei brauche das Thema „Apartheid“ nicht ausgeschlossen zu werden, nur müsse er sich jeden direkten Eingriff in innere Angelegenheiten verbitten. Ähnlich hatte er sich kurz zuvor bereits in einem Interview mit der französischen Nachrichtenagentur A.F.P. geäußert. Auf dieses Angebot scheinen die jüngsten positiven Äußerungen afrikanischer Staatshauptschefs unmittelbar zurückzuführen zu sein. Eine Woche vor der Pressekonferenz von Houphouët-Boigny (28. 4. 71) griff Vorster mit einer *gezielten Indiskre-*